

Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa)
Römerstraße 15
6901 Bregenz

Eingangsstempel des Landes

Antrag auf Gewährung von Integrationshilfe (Formular IH-A 1) für vollstationäre Wohneinrichtungen, stationäre bzw. integrative Tagesstrukturen etc.

1 Persönliche Daten der antragstellenden Person¹

Nachname _____ Vorname _____
(alle Vornamen sind anzugeben)

Geschlecht weiblich männlich Akad. Titel _____

Geburtsdatum _____
(TT. MM. JJJ)

Sozialvers.-Nr. _____ SozialversicherungsträgerIn _____

Private Krankenversicherung nein ja bei _____

Telefonnr.² _____ E-Mail² _____

Familienstand

ledig verheiratet/eingetragene Partnerschaft verwitwet
 getrennt lebend geschieden/aufgelöste eingetragene Partnerschaft

Hauptwohnsitz

Straße, Nr. _____

PLZ _____ Ort _____

Adresszusatz _____
(z.B. Name einer Einrichtung, wenn Sie zur Zeit nicht in einem Privathaushalt leben)

Staatsangehörigkeit

Österreich staatenlos andere/weitere _____

¹ Wird eine Förderung für eine minderjährige Person beantragt, dann ist diese die antragstellende Person. Der Antrag ist durch die gesetzliche Vertretung zu unterschreiben.

² Die Angabe der Telefonnummer und E-Mailadresse ist nicht verpflichtend. Sie erleichtern uns damit jedoch die schnellere Abwicklung der Anträge.

Bei nicht österreichischer Staatsangehörigkeit bitte noch folgende Informationen angeben:

	Nachname Vorname	Staats- angehörigkeit	Geburts- datum	Adresse
Ehegattin/ Ehegatte eingetrageneR PartnerIn				
Mutter				
Vater				
Kind				
Kind				

Wenn nicht österreichische Staatsangehörigkeit, seit wann in Österreich _____

Aufenthaltsberechtigung bis _____ ausgewiesen durch _____

Aufenthaltort in den letzten sechs Monaten, sofern nicht am angegebenen Hauptwohnsitz:

Straße, Nr. / PLZ / Ort _____

2 Vertreten durch

gesetzliche Vertretung Bevollmächtigter Sachwalter bzw. Sachwalterin

einstweiligeR SachwalterIn Vertretungsbefugnis nächster Angehöriger gem.
§ 284b ABGB

Gewählte Erwachsenenvertretung (gewEV) Gerichtliche Erwachsenenvertretung (gerEV)

Gesetzliche Erwachsenenvertretung (gesEV)

Vertretung beantragt Ja Nein Bezirksgericht _____

Anrede Frau Herr Akad. Titel _____

Nachname _____ Vorname _____

Geburtsdatum³ _____
(TT. MM. JJJ)

Straße Nr. / PLZ / Ort _____

Telefonnr.⁴ _____ E-Mail⁴ _____

³ Die Angabe des Geburtsdatums ist nicht verpflichtend. Sie erleichtern uns damit jedoch die automationsunterstützte Datenverarbeitung und die eindeutige Identifikation.

3 Behinderung/Erkrankung

(Zutreffendes ankreuzen/Mehrfachnennungen möglich)

geistige Behinderung

- erhöhter sonderpädagogischer Förderbedarf (bei Kindern und Jugendlichen)
- Entwicklungsrückstand (bei Erwachsenen)
- Trisomie 21
- Frühkindlicher Autismus

Lernbeeinträchtigung

- sonderpädagogischer Förderbedarf
- Entwicklungsverzögerung/-störung
- Aufmerksamkeitsstörung
- Sprachstörung

körperliche Behinderung

- Gehbehinderung
- Hörbeeinträchtigung
- Sehbeeinträchtigung
- spastische Lähmung

psychische Erkrankung

- Störungen mit Beginn in Kindheit/Jugend (Entwicklungsstörung)
- Neurotische Störung/psychosomatische Störung
- Suchterkrankung
- Persönlichkeitsstörung
- schizophrene/wahnhaftes/schwere affektive Störung
- organische psychische Störung

Neurologische Beeinträchtigung

Sonstige

- _____
- _____
- _____

Grad der Behinderung: Nein Ja _____ %

(Bescheid des Sozialministeriumservice beilegen)

Ist die Behinderung durch Unfall/Fremdeinwirkung entstanden? Ja Nein

Bestehen Ansprüche gegenüber Dritten? Ja Nein

Wenn ja, gegen wen? _____

(Versicherung, Privatperson etc.)

Wenn ja, wurden diese bereits geltend gemacht? Ja Nein

Besteht eine private Versicherung, die für die beantragte Integrationshilfeleistung die Kosten übernimmt? Ja Nein

Wenn ja, wie hoch ist das Ausmaß der Kostenübernahme? teilweise zur Gänze

⁴ Die Angabe der Telefonnummer und E-Mailadresse ist nicht verpflichtend. Sie erleichtern uns damit jedoch die schnellere Abwicklung der Anträge.

4 Leistung, für die Integrationshilfe beantragt wird

Ich beantrage die Gewährung einer Förderung für folgende Leistung(en):

Leistung _____

Einrichtung _____

Begründung _____

5 Einkünfte bzw. Einkommen

Erwerbseinkommen Nein Ja Euro _____
(Nettobetrag monatlich)

Pension/Rente Nein Ja Euro _____
(Nettobetrag monatlich)

Institut/Firma _____

Familienbeihilfe Nein Ja Euro _____
(Betrag monatlich)

Erhöhte Familienbeihilfe Ja Nein

Pflegegeld Nein Ja Stufe _____
Euro _____
(Betrag monatlich)

Wenn kein Pflegegeld, wurde es beantragt? Ja Nein

AMS-Bezug Nein Ja Euro _____
(Betrag monatlich)

Krankengeld Nein Ja Euro _____
(Betrag monatlich)

Rehabilitationsgeld Nein Ja Euro _____
(Betrag monatlich)

Mindestsicherung Nein Ja Euro _____
(Betrag monatlich)

Wohnbeihilfe Nein Ja Euro _____
(Betrag monatlich)

Kapitalerträge Nein Ja Euro _____
(Nettobetrag monatlich)

Vermietung/Verpachtung Nein Ja Euro _____
(Nettobetrag monatlich)

Sonstige andere Einkünfte Nein Ja

_____ Euro _____
(Angabe der Einkunftsart) (Nettobetrag monatlich)

_____ Euro _____
(Angabe der Einkunftsart) (Nettobetrag monatlich)

6 Zivilrechtliche Unterhaltsansprüche bzw. -verpflichtungen

Unterhaltsanspruch Nein Ja Euro _____
(Nettobetrag monatlich)

Unterhaltsverpflichtung Nein Ja Euro _____
(Nettobetrag monatlich)

7 Vermögen⁵

Haus- und Grundbesitz Nein Ja⁶ Verkehrswert in Euro _____
Grundbuch _____ Einlagezahl _____
Anteil _____

Sparguthaben Nein Ja Euro _____

Barvermögen Nein Ja Euro _____

Wertpapiere/Aktien Nein Ja Euro _____

Dingliche Nutzungsrechte⁷ Nein Ja Euro _____

Sonstiges Vermögen Nein Ja Euro _____

8 Zahlungsverpflichtungen

Miete Nein Ja Euro _____
monatlich

Betriebskosten Nein Ja Euro _____
monatlich

Kreditrückzahlungen Nein Ja Euro _____
für Wohnraumbeschaffung
monatlich

Sonstiges Nein Ja Euro _____
monatlich

⁵ Angabe nur für die Leistung „Vollstationäre Wohneinrichtungen“ erforderlich.

⁶ Angabe des gesamten Haus- und Grundbesitzes. Genügt der Platz für die Angabe des gesamten Haus- und Grundbesitzes nicht, bitte einen separaten Zettel verwenden und dem Antrag beilegen.

⁷ Dingliche Nutzungsrechte können z.B. Wohnrechte, Ausgedinge oder Leibrenten sein.

9 Beigelegte Unterlagen

Folgende Unterlagen liegen dem Antrag **in Kopie** bei bzw. werden nachgereicht:

- Amtlicher Lichtbildausweis (bei Erstantrag erforderlich)⁸
- Staatsbürgerschaftsnachweis⁸
- Meldezettel⁸
- Aufenthaltsbewilligung (nur bei Fremden)
- Bestellungsbeschluss der Sachwalterschaft oder sonstiger Nachweis der Vertretungsbefugnis
- Aktuelle ärztliche Gutachten/Befunde, aus denen sich Art und Ausmaß der Behinderung und eventuell die Notwendigkeit der beantragten Maßnahme ergeben.
- Einkommensnachweise
- Bescheid des Finanzamtes über die erhöhte Familienbeihilfe
- Bescheid über den Bezug von Pflegegeld
- Bewilligungsschreiben über den Bezug von Wohnbeihilfe
- Nachweise über die Unterhaltsberechtigung/Unterhaltsverpflichtung
- Aktuelle Verkehrswertermittlung (bei Liegenschaftsvermögen)
- Nachweise über die Zahlungsverpflichtungen
- Unterfertigte Leistungsvereinbarung (im Original)
- _____
- _____

10 Wichtige Hinweise

1. Die Erledigung eines Antrages auf Integrationshilfe erfolgt ausnahmslos **schriftlich** und ergeht direkt an die antragstellende Person bzw. die (gesetzliche) Vertretung.
2. Bei der Gewährung von Integrationshilfe, im Rahmen derer eine **vollstationäre Betreuung** (z.B. bei der Leistung „Vollstationäre Wohneinrichtung“) erfolgt, wird die Integrationshilfe in Form eines Darlehens gewährt. Das Vermögen ist erst im Rahmen der Verlassenschaft einzusetzen. Zur grundbücherlichen Sicherstellung des Darlehens ist auf der Liegenschaft eine Höchstbetragshypothek einzutragen. Dazu senden wir Ihnen nach Antragstellung die Pfandbestellungsurkunde mit der Bitte, diese zu unterfertigen und die Unterschrift von einer Notarin/einem Notar, Gericht oder Legalisatorin/Legalisator beglaubigen zu lassen. Bei gesetzlicher Vertretung der antragstellenden Person ist die pflegschaftsgerichtliche Genehmigung der unterfertigten Pfandbestellungsurkunde erforderlich.
3. Darüber hinaus ist Integrationshilfe rückzuerstatten, wenn sie aufgrund von unrichtigen Angaben gewährt wurde, sie nicht widmungsgemäß verwendet wurde oder der Anzeigepflicht nach § 12 Integrationshilfverordnung nicht nachgekommen wurde. Im Übrigen wird auf § 14 Integrationshilfverordnung verwiesen.
4. Die Leistungserbringerin/der Leistungserbringer rechnet die bewilligte Integrationshilfe direkt mit dem Land ab. Die Leistungserbringerin/der Leistungserbringer erhält eine Kopie des Erledigungsschreibens über die gewährte Integrationshilfe.
5. Der Antrag auf Integrationshilfe kann gem. § 11 Abs. 1 Chancengesetz über das Gemeindeamt eingebracht werden. Die Gemeinden können nach der Bestimmung des § 11 Abs. 2 Chancengesetz weiterzuleitenden Anträgen eine Stellungnahme anschließen, in der auch ein begründeter Lösungsvorschlag enthalten sein kann.

⁸ Diese Unterlagen sind nicht erforderlich, wenn durch das Gemeindeamt Angaben zu Name, Geburtsdatum, Adresse sowie zur Staatsangehörigkeit der antragstellenden Person überprüft und bestätigt werden.

11 Erklärung zur Verwendung der Daten und Zustimmung zur Einholung der Daten

Ich bin mit der Ermittlung und der automationsunterstützten Verwendung von Daten gemäß § 12 Chancengesetz einverstanden. Ich erkläre mich bereit, dass Abfragen über den Bezug von Pflegegeld durch das Land digital erfolgen dürfen.

Hinweis: Bitte beachten Sie die beiliegende datenschutzrechtliche Information.

12 Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift antragstellende Person bzw.
(gesetzliche) Vertretung

13 Bestätigung des Gemeindeamtes⁹

Die Angaben zu Name, Geburtsdatum, Adresse sowie zur Staatsangehörigkeit der antragstellenden Person wurden überprüft, sind vollständig und entsprechen den Tatsachen.

- Auf eine Stellungnahme gemäß § 11 Abs. 2 Chancengesetz wird verzichtet.
- Eine Stellungnahme gemäß § 11 Abs. 2 Chancengesetz wird gesondert abgegeben.
- Zum Antrag wird gemäß § 11 Abs. 2 Chancengesetz Stellung genommen wie folgt:

Ort, Datum

Unterschrift

Bei Rückfragen:

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa)

Telefon: +43 (0) 5574 511 24105

E-Mail: gesellschaft-soziales@vorarlberg.at

⁹ Eine Bestätigung des Gemeindeamtes ist nicht zwingend erforderlich.